



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Petycja związku techników dentystycznych w Austrii z uwagami i wnioskami do projektu ustawy o zakładach dentystycznych, Wiedeń, 6.1917 r.

Liczba stron oryginału

7

Liczba plików skanów

8

Liczba plików publikacji

8

Sygnatura/numer zespołu

TR 072.068

Data wydania oryginału

1917

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



V. 1917.

72.68/1

Hohe Abgeordnetenhaus!

Seit Jahrzehnten kämpft die Zahntechnikerschaft Österreichs um ihre Existenz. Während einerseits die für das Gewerbe der Zahntechnik dormalen geltenden Vorschriften ganz veraltet sind und dem derzeitigen Stande der modernen Zahntechnik in keiner Weise entsprechen, haben sich auf der anderen Seite die Ärzte des Zahntechnikerergewerbes widerrechtlich bemächtigt und wollen die Zahntechniker aus ihren alten, wohlverordneten Rechten hinausdrängen und sie bestenfalls zu bezahlten Hilfskräften herabdrücken. Dieser Kampf, der die Zahntechniker fortgesetzt mit dem Strafgesetz in Konflikt bringt, wenn sie ihr Gewerbe sachgemäß ausüben und ihre Kunden nicht selbst dem Arzte überantworten wollen, wodurch sie um ihr tägliches Brot kommen, hat die Regierung veranlaßt, zum erstenmal im Jahre 1905 und später noch 1908 und 1909 einen Gesetzentwurf, betreffend die Ausübung der Zahnerzählkunde und den Betrieb der Zahntechnik, einzubringen, deren aber keiner Gesetzeskraft erlangte. Nur beim letzten Gesetzentwurfe gedieh die Verhandlung so weit, daß die Vorlage dem Sanitätsausschusse zugewiesen, der Reichsratsabgeordnete Dr. Heilinger zum Referenten bestellt wurde und dieser seinen Bericht fertigstellte. (Nr. 6 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses, XIX. Session.) Zu einer weiteren Verhandlung kam es aber auch nicht. Da aber die Beweggründe für die gesetzliche Regelung der Frage weiterhin fortbestanden, wurde auf Grund neuerlicher Beratungen und Verhandlungen im Jahre 1912 ein neuer Gesetzentwurf, betreffend das Zahntechnikerergewerbe, eingebracht, der, ohne die Unterscheidung zwischen Zahnerzählkunde und Zahntechnik zu machen, das Gewerbe der Zahntechnik auf den Aussterbeetat setzt und nur für die Uebergangszeit den Zahntechnikern gewisse erweiterte Befugnisse einräumt, die aber hinter den in den früheren Gesetzentwürfen weit zurückbleiben. Diese Vorlage aus dem Jahre 1912 wird nunmehr von der Regierung unverändert neuerlich eingebracht.

Zu den einzelnen Paragraphen des vorliegenden Gesetzentwurfes unterbreiten die Zahntechniker entsprechend begründete Abänderungsvorschläge, die nachstehend angeführt werden. Einleitend hiezu sei noch folgendes ausgeführt:

Daß eine gesetzliche Neuregelung des Zahntechnikerergewerbes notwendig, dringend und im öffentlichen Interesse gelegen ist, geben alle beteiligten Kreise zu und das hat auch die Regierung durch die wiederholte Einbringung von diesfälligen Vorlagen im Abgeordnetenhause anerkannt. Der gute Wille der Regierung darf also nicht bezweifelt werden. Auch die Zahntechniker wünschen eine gesetzliche Regelung. Da es sich in erster Linie um sie und um ihr Gewerbe handelt, das auf den Aussterbeetat gesetzt werden soll, beanspruchen sie als ihr gutes Recht, daß ihre Stimme gehört werde und auch Berücksichtigung finde.

In erster Linie fordern die Zahntechniker, daß durch eine gesetzliche Regelung klare Verhältnisse geschaffen werden. Ein Wunsch, der bei dem derzeit herrschenden Chaos von einander widersprechenden veralteten Vorschriften auf diesem Gebiete vollauf begründet erscheint. Der Berechtigungsumfang der Zahntechniker im Uebergangsstadium soll klar und deutlich umschrieben sein, damit in keinem Belange irgend welche Zweifel oder Mißdeutungen möglich sind. Der vorliegende Gesetzentwurf läßt diesfalls manches zu wünschen übrig.

Ebenso klar und aufrichtig wollen auch die Zahntechniker jene Forderungen aufstellen, deren volle Berücksichtigung sie erst in die Lage versetzt, der Regierungsvorlage zuzustimmen. In den nachfolgenden Anträgen sind im einzelnen jene Befugnisse aufgezählt, welche die Zahntechniker unbedingt brauchen, um ihr Gewerbe sachgemäß und unbeanstundet ausüben zu können. Nur dann, wenn ihnen 1. diese Befugnisse uneingeschränkt gegeben werden, 2. wenn das Uebergangsstadium auf alle Personen ausgedehnt wird, die sich vor dem 1. Juli 1917 dem Zahntechnikerergewerbe gewidmet haben und 3. wenn bei der Verleihung neuer Konzessionen die Bedingung des Lokalbedarfes fallen gelassen oder mindestens in liberalster Weise gehandhabt wird, sind die Zahntechniker bereit, dem Gesetzentwurfe ihrerseits zuzustimmen und es zuzulassen, daß ihr Gewerbe als selbständiges aufhört und zur Gänze den Ärzten ausgeliefert wird.

Sollte diesen Wünschen der Zahntechniker nicht entsprochen werden, dann müssen die Zahntechniker diese gesetzliche Regelung ablehnen und auf ihren prinzipiellen Standpunkt zurückkehren, den sie nur ungern und nur, um ihre Bereitwilligkeit zu einem anständigen Kompromiß zu beweisen, verlassen haben; das ist die Forderung nach strikter Trennung des Gewerbes der Zahntechnik von der Heilkunde, derart, daß den Zahntechnikern allein der Betrieb des Zahntechnikerergewerbes, den Ärzten aber nur die Ausübung der Heilkunde, und zwar nur für ihre Person und ohne Gehilfen oder sonstige Hilfskräfte gestattet werde.

Regierungsvorlage.**Antrag der Zahntechniker.****§ 1.**

Die Zahntechnik umfaßt die zur Herstellung von Zahnersatzstücken für den Gebrauch im menschlichen Munde und zur Verbesserung solcher Ersatzstücke erforderlichen technisch-mechanischen Arbeiten.

Unverändert.

§ 2.

Als Gewerbe darf die Zahntechnik nur ausgeübt werden:

1. von Personen, welche die Berechtigung zum Betriebe des Zahntechnikergewerbes bereits vor Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes ordnungsmäßig erlangt haben;
2. von jenen in der Zahntechnik praktisch tätigen Personen, welche im Zeitpunkte des Eintrittes der Wirksamkeit dieses Gesetzes den vollen Befähigungsnachweis im Sinne der §§ 4, 5 und 6 der Ministerialverordnung vom 20. März 1892, R.-G.-Bl. Nr. 55, besitzen, wenn dieselben die im folgenden Paragraphen vorgesehene Konzession erwerben.

Unverändert.

Unverändert.

3. Die Konzession zum Betriebe des Zahntechnikergewerbes können auch jene Personen erwerben, welche vor dem 1. Juli 1917 ihre dreijährige Lehrzeit im Zahntechniker-gewerbe begonnen haben und nach Freisprechung eine mindestens sechsjährige Arbeitszeit als zahntechnische Gehilfen nachweisen.

Begründung.

Punkt 3 beinhaltet gegenüber der Regierungsvorlage eigentlich nur eine Verlängerung des Ubergangsstadiums um neun Jahr. Die Zahntechniker-Genossenschaft muß diese von der Gehilfenschaft erhobene Forderung pflichtgemäß unterstützen: Wer sich dem Zahntechnikerberufe vor der Einbringung dieser Regierungsvorlage gewidmet hat, tat dies auf Grund der bisher geltenden Vorschriften, welche die Erlangung der Selbständigkeit zulassen, und muß daher gerechterweise im Gesetze, das den Aussterbe-Etat für die Zahntechniker festlegt, Berücksichtigung finden.

Die vor Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes einzelnen Zahntechnikern verliehenen besonderen Befugnisse zur Vornahme bestimmter, in das Gebiet der Zahnheilkunde fallender Verrichtungen bleiben anrecht.

Unverändert.

§ 3.

Den im § 2, Punkt 2, genannten Personen kann von der politischen Landesbehörde die Konzession zum Betriebe des Gewerbes der Zahntechnik verliehen werden.

Die Verleihung der Konzession zum Betriebe des Zahntechniker-gewerbes (§ 1) an die im § 2, Punkt 2 und 3, genannten Personen erfolgt durch die politische Landesbehörde.

Begründung.

Die Textierung der Regierungsvorlage („An n verliehen werden“) gibt das Verleihungsrecht allzu sehr dem Belieben der politischen Landesbehörde anheim.

Die weitere Ergänzung („und Punkt 3“) ergibt sich aus der beantragten Aenderung des § 2.

Zur Erlangung der Konzession wird nebst den zum selbständigen Betriebe eines Gewerbes für alle Gewerbe vorgeschriebenen Bedingungen Verlässlichkeit mit Beziehung auf das Zahntechniker-gewerbe gefordert.

Unverändert.

Die Konzession darf nur erteilt werden, wenn an dem von dem Bewerber für sein Unternehmen gewählten Standorte ein Bedürfnis für die Niederlassung eines Zahntechnikers besteht.

Hat zu entfallen.

Begründung.

Wenngleich ein konzessioniertes Gewerbe nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung an den Lokalbedarf gebunden ist, so würde es den Intentionen der vorliegenden Regierungsvorlage widersprechen, wenn die Bedingung des Lokalbedarfes so strenge gehandhabt würde, wie es die Textierung der Regierungsvorlage vermuten läßt. Da die Gewerbeordnung hinsichtlich des Konzessionszwanges nur von bestehenden Gewerben spricht, das Zahntechnikergewerbe aber auf den Aussterbe-Etat gesetzt wird, könnte die Bedingung des Lokalbedarfes wohl ohneweiters fallen gelassen werden.

Regierungsvorlage.

§ 4.

Die Gewerbeinhaber im Sinne des § 2, Punkt 1 und 2, dürfen, falls sie die erfolgreiche Ablegung einer Fachprüfung innerhalb der Frist eines Jahres nach Kundmachung dieses Gesetzes (§ 2, Punkt 1) oder nach Ausstellung des Konzessionsdekretes (§ 2, Punkt 2) nachweisen, auch die folgenden Verrichtungen ausüben, und zwar:

1. das Entfernen der Zahnteinanslagerungen und das Putzen der Zähne, weiters das Abschleifen der Zähne und Wurzeln, wenn es die Ausführung des Zahnerfages erfordert;
2. das Nehmen von Abdrücken zum Zwecke der Herstellung von Plattenzahnerfagstücken, Gebissen, Kronen und Brücken;
3. das Anpassen von Zahnerfagstücken und Gebissen;
4. das Einsetzen künstlicher Zähne, Kronen, Brücken und Gebisse;
5. das Füllen der Zähne, soweit dies die Ausführung des Zahnerfages erfordert.

Die Erweiterung dieser Befugnis auf andere in das Gebiet der Zahnheilkunde fallende Verrichtungen, wie insbesondere auf die Vornahme von blutigen operativen Eingriffen, die Entfernung von Zähnen, Zahnresten und Wurzeln, die Vornahme der allgemeinen Narke oder lokalen Anaesthetie ist unzulässig.

Die Anwendung heftig wirkender Mittel, welche an die ärztliche Verschreibung gebunden sind, ist nur soweit gestattet, als dies zur hygienisch einwandfreien Ausführung der unter Punkt 1 bis 5 aufgezählten Arbeiten notwendig ist.

Antrag der Zahntechniker.

Die Gewerbeinhaber im Sinne des § 2, Punkt 1, 2 und 3, dürfen, falls sie die erfolgreiche Ablegung einer Fachprüfung innerhalb der Frist eines Jahres nach Kundmachung dieses Gesetzes (§ 2, Punkt 1) oder nach Ausstellung des Konzessionsdekretes (§ 2, Punkt 2 und 3) nachweisen, auch die folgenden Verrichtungen ausüben, und zwar:

1. Das Entfernen von Zähnen, Wurzeln und Zahnresten, von Zahnteinanslagerungen, das Putzen der Zähne sowie das Abschleifen der Zähne und Wurzeln.
2. Unverändert.
3. Unverändert.
4. das Einsetzen künstlicher Zähne, Kronen, Brücken und Gebisse, sowie die Anwendung von Regulier-Apparaten;
5. das Reinigen und Füllen (Plombieren) der Zähne und Wurzeln.

Die Erweiterung dieser Befugnis auf andere in das Gebiet der Zahnheilkunde fallende Verrichtungen sowie die Vornahme der allgemeinen Narke ist unzulässig.

Unverändert.

Begründung.

Schon im Jahre 1905 bei Einbringung der Regierungsvorlage, betreffend die Zahnerfagkunde und den Betrieb der Zahntechnik (XVII. Session Nr. 2409 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses) wurde in dem weit ausholenden Motivenberichte, welchen die Regierung diesem Gesetzentwurfe beigab und auf welchen sich auch in der vorliegenden Regierungsvorlage bezogen wird, ausgeführt, „daß den Zahntechnikern die Vornahme aller solchen Manipulationen, aber auch nur dieser gestattet werden sollte, die zum Zwecke der Herstellung eines Zahnerfagstückes in der Regel vorgenommen werden müssen und deren Vornahme nicht bedingungslos tiefere medizinische Kenntnisse, sondern mehr technische Fertigkeiten erfordert. Alle schwierigen Operationen sowie jede ärztliche Behandlung des menschlichen Mundes müßten dagegen aus Gründen des allgemeinen sanitären Interesses den Zahntechnikern untersagt bleiben.“ In Verfolg dieser die tatsächlichen Verhältnisse treffend schildernden Ausführungen wurde den **Zahntechnikern** in dem oben zitierten, von der **Regierung** im Jahre 1905, dann 1908 und 1909 unter **Zustimmung des Obersten Sanitätsrates** eingebrachten **Gesetzentwurfe**, und zwar auf Grund einer abzulegenden Fachprüfung die **Berechtigung zur Vornahme aller zum Zwecke des vollständigen oder teilweisen Ersatzes von Zähnen erforderlichen Verrichtungen**, und zwar insbesondere **„das Reinigen, Füllen (Plombieren) und Entfernen von Zähnen, Wurzeln und Zahnresten, das Abkneipen und Abseilen derselben, das Nehmen von Abdrücken und das Anpassen von Zahnerfagstücken sowie das Einsetzen künstlicher Zähne verliehen.“**

Wenn die Regierung im Jahre 1905 ganz bezeugt der Ueberzeugung Ausdruck gibt und bei dieser Ueberzeugung im Jahre 1908 und 1909 bleibt, daß der Zahntechniker, um sein Gewerbe selbständig und fachgemäß auszuüben, Zähne und Wurzeln extrahieren muß, so kann sie dies doch nicht im Jahre 1917 negieren. Das Ziel des Gesetzentwurfes ist, die Zahntechnik auf den Aussterbe-Etat zu setzen und ihr Gewerbe voll und ganz den Ärzten zu überantworten. Während des Uebergangsstadiums müssen den Zahntechnikern alle jene Befugnisse eingeräumt werden, die sie in den Stand setzen, ihr Gewerbe selbständig und fachgemäß auszuüben. Das unbedingt notwendige Ausmaß dieser Befugnisse ist im Antrage der Zahntechniker unter Punkt 1 bis 5 angeführt.

Ganz abgesehen davon, daß die Zahntechniker durch die Ablegung der vorgeesehenen Fachprüfung dardun müssen, daß sie diese Verrichtungen auch tatsächlich fachgemäß vorzunehmen verstehen, erscheint der von ärztlicher Seite unter dem Deckmantel des Schutzes des Volkswohles erhobene Widerstand gegen die Anerkennung von Erweiterungen während des Uebergangsstadiums, dem die Regierung zum größten Teil Rechnung getragen hat, schon durch den Hinweis auf die Verhältnisse in Deutschland und Ungarn, als ganz ungerechtfertigt.

In Deutschland herrscht volle Kurierfreiheit, ohne daß das Volkswohl eine Schädigung erfahren hätte. Und in Ungarn wurde den selbständigen Zahntechnikern im Jahre 1911 durch eine Verordnung des Ministers des Innern auf Grund einer abzulegenden Prüfung die Vornahme aller zahnärztlichen Verrichtungen gestattet. Hierbei muß noch hervorgehoben werden, daß in Ungarn das Zahntechnikergerwerbe ein freies war. Im Extrahieren der Zähne sah man übrigens früher keine ärztliche Tätigkeit, war doch jeder Barbier dazu befugt und heute noch ziehen die Barmherzigen Brüder ohne jeden Befähigungsnachweis zum Segen des Volkes tausende und tausende von schadhafte Zähnen. Der **Professor der Zahnheilkunde** an der deutschen Universität in Prag, **Dr. Messel**, hatte in seinem Gutachten zur Zahntechnikerfrage beantragt, **„den Zahntechnikern die Zurichtung der Mundhöhle, das Ziehen der Zähne oder Wurzeln und das Abfeilen und Abzwickeln derselben zu bewilligen.“** **„Wir (die Ärzte) verlieren gar nichts, wenn wir diese Ausübungen den Zahntechnikern bewilligen, weil sie dieselben insgesamt ohnehin praktizieren, da sie es eben tun müssen, um künstliche Zähne verfertigen zu können.“**

Die Bewilligung zur Vornahme dieser Verrichtungen darf auch nicht durch den Zusatz „Zum Zwecke des Zahnerjages“ beschränkt werden. Denn wenn jemand auf der einen Seite des Mundes einen Zahnerjag braucht, so darf der Zahntechniker auf dieser Seite plombieren; einen kariösen Zahn auf der anderen Seite des Mundes derselben Person dürfte er aber nicht konservieren, weil dort kein Zahnerjag erforderlich ist. Die Zahntechniker haben Kunden aus allen Kreisen der Bevölkerung. Die Bemittelten können sich Kronen und Brücken leisten, die Minder- und Unbemittelten aber nicht. Sollen letztere der Wohltat des künstlichen Zahnerjages nicht teilhaftig werden, weil der Zahntechniker nicht extrahieren darf? Oder sollen etwa Ersatzstücke auf verjauchte Wurzeln gesetzt werden? Auf diese Art würde das Volkswohl gewiß nicht geschützt.

Regierungsvorlage.

Antrag der Zahntechniker.

§ 5.

Die näheren Vorschriften über die im § 4 bezeichnete Fachprüfung werden vom Handelsministerium im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien im Verordnungswege erlassen.

Die näheren Vorschriften über die im § 4 bezeichnete Fachprüfung werden vom Handelsministerium im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien und nach Anhörung der berufenen Vertreter der Zahntechnikerschaft im Verordnungswege erlassen.

Begründung.

Es erscheint billig, daß bei Festsetzung der näheren Modalitäten der Prüfung auch die Vertreter der Zahntechnikerschaft gehört werden.

Gewerbeinhaber im Sinne des § 2, Punkt 1, welche die erfolgreiche Ablegung der Fachprüfung nicht nachweisen können, sind zur Ausübung der Zahntechnik lediglich in dem in der Ministerialverordnung vom 20. März 1892, R.-G.-Bl. 55, bezeichneten Umfange berechtigt.

Die im § 2, Punkt 1, 2 und 3, genannten Personen, welche die erfolgreiche Ablegung der Fachprüfung nicht nachweisen können, sind zur Ausübung der Zahntechnik lediglich in dem in der Ministerialverordnung vom 20. März 1892, R.-G.-Bl. 55, bezeichneten Umfange berechtigt.

Begründung.

Die zur Abänderung zu § 2 gegebenen Ausführungen, wonach diejenigen Personen geschützt werden müssen, welche sich vor Einbringung dieser Vorlage dem Zahntechnikergerwerbe gewidmet haben, bedingen die vorliegend beantragte Berücksichtigung aller im § 2, Punkt 1, 2 und 3, aufgezählten Personen.

Weiters wäre ein Zusatz erwünscht, welcher jenen Zahntechnikern, die im Felde gestanden und daher längere Zeit nicht in ihrem Fache tätig gewesen sind, bezüglich der Frist für die Ablegung der Prüfung eine Ausnahmestellung einräumt.

§ 6.

Den gewerbsmäßigen Zahntechnikern ist untersagt, beim Betriebe ihres Unternehmens Bezeichnungen zu gebrauchen, die geeignet wären, über das Wesen und den Umfang ihrer Gewerbeberechtigung irrezuführen.

Unverändert.

Regierungsvorlage.

Antrag der Zahntechniker.

§ 7.

Auf das Gewerbe der Zahntechnik (§§ 2, 3 und 4) finden im übrigen die Vorschriften der Gewerbeordnung Anwendung. Es unterliegt außerdem der gewerbepolizeilichen Regelung.

Das Gewerbe der Zahntechnik (§§ 2, 3 und 4) ist in der Regel persönlich auszuüben.

Die Ausübung dieses Gewerbes durch einen Stellvertreter (Geschäftsführer) oder die Verpachtung ist von der Gewerbebehörde nur aus wichtigen Gründen zu genehmigen. Falls das Gewerbe die im § 4, Punkt 1 bis 5, aufgezählten Verrichtungen umfaßt, hat der zu genehmigende Stellvertreter (Geschäftsführer) oder Pächter (§ 55, Gewerbeordnung) auch den Nachweis der erfolgreichen Ablegung der im § 5 erwähnten Fachprüfung zu erbringen.

Unverändert.

§ 8.

Die Ausübung der Zahntechnik durch Ärzte unterliegt nicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung und dieses Gesetzes.

Unverändert.

§ 9.

Der gewerbemäßige Betrieb der Erzeugung der künstlichen Zähne und der sonstigen Bestandteile von Zahnerersatzstücken als Handelsartikel ist ein freies Gewerbe.

Die Inhaber eines solchen freien Gewerbes dürfen sich beim Betriebe desselben nicht der Bezeichnung „Zahntechniker“ bedienen.

Gewerbetreibende, welche die Berechtigung zum Betriebe der Zahntechnik besitzen (Zahntechniker), sind auch zur Erzeugung der künstlichen Zähne und der sonstigen Bestandteile von Zahnerersatzstücken als Handelsartikel berechtigt.

Unverändert.

§ 10.

Das Gesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraft.

Mit diesem Tage verlieren alle Vorschriften, welche mit den Bestimmungen dieses Gesetzes im Widerspruche stehen, ihre Wirksamkeit.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes sind Mein Handelsminister und Mein Minister des Innern beauftragt.

Unverändert.

Bemerkungen

zu den „Erläuternden Bemerkungen“ zur Regierungsvorlage.

(Motivenbericht)

Die Regierung sagt, daß das Ergebnis langwieriger Verhandlungen mit den berufenen Vertretern des Arztstandes und des Zahntechnikergewerbes die Grundlage des im Oktober 1912 eingebrachten Gesetzentwurfes (1647 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses, XXI. Session 1912) bilde. Hiernach könnte die Meinung erweckt werden, daß die Zahntechnikerschaft mit dem Inhalt des Gesetzentwurfes, wie er jetzt vorliegt, vollkommen einverstanden sei. Dem ist aber nicht so. In der Enquete, die von der Regierung veranstaltet wurde, und an welcher die Vertreter der beteiligten ärztlichen und zahntechnischen Korporationen teilnahmen, wurde den Zahntechnikern dringendst nahegelegt, darauf zu verzichten, daß die Befugnis zur Vornahme von Extraktionen expressis verbis in den Gesetzentwurf aufgenommen werde. Diesem Ersuchen glaubten die Zahntechniker schließlich entsprechen zu sollen, und zwar nur, weil ihnen sowohl seitens der Regierungsvertreter wie auch einiger Vertreter der Ärzteschaft die Zusage gemacht wurde, daß diese Befugnis den Zahntechnikern entweder anlässlich der parlamentarischen Behandlung des Gesetzentwurfes oder auf einem anderen Wege zugestimmt werde. Es muß aber nachdrücklich betont werden, daß die Zahntechnikerschaft sowohl bei diesen Verhandlungen wie vorher und nachher jederzeit den folgenden Standpunkt vertreten hat:

1. Der Dekretierung des Aussterbeetats für das Zahntechnikergewerbe kann nur unter der ausdrücklichen Bedingung zugestimmt werden, daß den Zahntechnikern im Uebergangsstadium alle jene Befugnisse voll und uneingeschränkt eingeräumt werden, die sie tatsächlich in den Stand setzen, ihre Gewerbe, ohne mit dem Strafgesetze in Konflikt zu kommen, fachgemäß auszuüben.

2. Wenn diese Befugnisse, die sich auch auf das Extrahieren und Plombieren von Zähnen, Zahnresten und Wurzeln erstrecken müssen, den Zahntechnikern nicht oder nicht zur Gänze zugestanden werden, bringt die gesetzliche Regelung, mit welcher der Zahntechniker sein Gewerbe hinopfert, demselben nicht das erforderliche Maß von Selbstständigkeit, der Zweck des Gesetzes wäre nicht erreicht, aber auch das Volkswohl wäre nicht entsprechend geschützt. Die früheren desolaten Zustände würden nur eine weitere Fortsetzung erfahren. Und einer solchen Regelung, die eigentlich gar keine Regelung wäre, können und dürfen die Zahntechniker nicht zustimmen.

Die Zahntechniker können sich daher auch nicht mit einem Fortbestand ihres Gewerbes — wie es weiter in der Regierungsvorlage heißt — für die Dauer der Uebergangszeit in einer solchen Form begnügen, daß den Zahntechnikern die Möglichkeit geboten wird, ihr Unternehmen in einem Umfange auszuüben, innerhalb dessen sie ihren Unterhalt zu finden in der Lage sind, ohne die Grenzen ihrer Befugnisse zu überschreiten. Das Kriterium ist nicht, daß die Zahntechniker in ihrem Gewerbe ihren Unterhalt finden, sondern vielmehr, wie schon gesagt, daß sie ihr Gewerbe kunstgerecht in einwandfreier, das wahre Volkswohl nicht schädigender Art und ohne in Konflikt mit dem Strafgesetze zu kommen, betreiben können. Es ist daher auch nicht richtig, wenn es heißt, daß die im Gesetzentwurfe aufgenommenen Erweiterungen sich der heute bereits geltenden, jedoch mit den bestehenden Normen nicht in Einklang zu bringenden Praxis der Zahntechniker anpassen. Der Zahntechniker muß heute wie früher Zähne extrahieren, weil er keinen Zahnarzt anpassen kann, wenn im Munde schadhafte, nicht mehr zu konservierende Zähne und Wurzeln stehen, oder aber er muß seine Kunden zum Arzt schicken, von dem sie nicht mehr zu ihm zurückkehren.

In den Erläuterungen von 1917 sagt die Regierung, daß das Entfernen von Zähnen, Zahnresten und Wurzeln und die Vornahme der lokalen Anästhesie bedingungslos tiefere medizinische Kenntnisse erfordert. Demgegenüber muß auf den Motivenbericht zum Gesetzentwurf, betreffend die Ausübung der Zahnheilkunde und den Betrieb der Zahntechnik, eingebracht in der XVII. Session 1905, dann gleichlautend 1908 und 1909 (Nr. 2409 der Beilagen zu den stenogr. Protokollen des Abgeordnetenhauses, XVII. Session, Seite 23) verwiesen werden, wo es bei Begründung der Fachprüfung (§ 5) u. a. heißt: „... Hierbei handelt es sich um, wenn auch geringfügige ärztliche Eingriffe, deren Voraussetzungen und Wirkungen in ihrer vollen Tragweite nur auf Grund einer gewissen medizinischen Vorbildung beurteilt werden kann...“ und weiter: „... Dabei ist es selbstverständlich, daß auch theoretische Kenntnisse aus jenen Materien, die für die Ausübung der Zahnheilkunde in Betracht kommen, bei der Prüfung in keinem weiteren Umfange gefordert werden dürfen, als dies das öffentliche sanitäre Interesse unter Berücksichtigung des engbegrenzten Gebietes ärztlicher Tätigkeit, welches dem Zahntechniker

eröffnet werden soll, unbedingt erheischt.“ ... 1905 war aber auch das Entfernen von Zähnen, Zahnresten und Wurzeln dem Zahntechniker zugebilligt worden! Damals wurde also von geringfügigen ärztlichen Eingriffen gesprochen, die eine gewisse medizinische Vorbildung verlangen, und das engebegrenzte Gebiet ärztlicher Tätigkeit, das den Zahntechnikern eröffnet wurde, umfaßte auch das Extrahieren. Nachdem diese Auffassung noch zweimal, 1908 und 1909, jedesmal mit Zustimmung des Obersten Sanitätsrates, wiederholt wurde, wird plötzlich im Jahre 1912, bzw. 1917 behauptet, daß das Extrahieren bedingungslos tiefere medizinische Kenntnisse verlange. Diese Widersprüche im Motivenbericht 1905 und 1917 bedürfen wohl keines weiteren Kommentars. Sie sind aber um so auffallender, als im übrigen in der Begründung zu § 5 des vorliegenden Gesetzentwurfes, der den Zahntechnikern das Extrahieren nicht zugesteht, wortwörtlich dieselben Ausführungen zu lesen sind, wie in der Begründung zu § 5 der Regierungsvorlage vom Jahre 1905, die den Zahntechnikern das Extrahieren gab.

* * *

Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß eine klare gesetzliche Neuregelung des Zahntechnikergewerbes vor allem im allgemeinen öffentlichen sanitären Interesse, gewiß aber auch im Interesse der beteiligten Korporationen gelegen ist, hofft die Zahntechnikerschaft Oesterreichs zuversichtlich, daß ein hohes Abgeordnetenhaus die von der Regierung eingebrachte Vorlage, wie auch die von den Zahntechnikern hiezu gestellten Abänderungsanträge einer wohlwollenden Prüfung unterziehen, den gewiß berechtigten Wünschen der Zahntechnikerschaft Rechnung tragen und den Gesetzentwurf ehestens der parlamentarischen Behandlung und Erledigung zuführen wird.

Wien, im Juni 1917.

Für die gesamte österreichische Zahntechnikerschaft:

Verband österreichischer Odontotechnologen:

Alex. Sternbach

I. Präsident.

Verband der Zahntechnikergehilfen Österreichs:

Josef Bachuda

Obmann.

In Vertretung sämtlicher Zahntechniker Genossenschaften Österreichs:

Genossenschaft der Zahntechniker für Niederösterreich:

Anton Bulin

I. Vorsteher.

In Vertretung sämtlicher Gehilfenvereine Österreichs:

Der Ausschuß der Gehilfenversammlung in Niederösterreich:

Hans Schachtner

Obmann.